

1226/J XXI.GP

ANFRAGE

**des Abgeordneten Mag. Johann Maier
und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend "Auflassen der Punzierung – Hauptpunzierungs - und Probieramt -
Konsumentenschutz ade?"**

Die dem Hauptpunzierungs - und Probieramt unterstellten Punzierungsämter haben die amtliche Beglaubigung des Feingehaltes (Punzierung) von Edelmetallen und Edelmetallgegenständen vorzunehmen.

Der zuständige Staatssekretär und BM Grasser haben bereits angekündigt, die staatliche Punzierung zu beseitigen - ein Beitrag zur Budgetsanierung - obwohl (Ausnahme 1999) immer positiv mit Millionenbeträgen von diesen abgeschlossen wurde.

Das staatliche Punzierungssystem für Edelmetalle und Edelmetallgegenstände dient in erster Linie dem Schutz der Händler, Erzeuger und Konsumentinnen. Eine Punzierung ist vorgeschrieben, wenn Edelmetalle gewerbsmäßig in Verkehr gebracht werden (ausgenommen der Feingehalt liegt unter dem Minimalgehalt). Mit der amtlichen Bundpunzierung wird der Feingehalt festgestellt und die Punze durch das Punzierungsamt hineingeschlagen. Damit bekommt einerseits der Produzent und Händler eine amtliche Bestätigung, andererseits bekommt auch der Konsument beim Kauf durch die Punze Sicherheit über den tatsächlichen Feingehalt (damit eine Bestätigung der Herstellerangaben)

Bundesminister Grasser will dieses Punzierungssystem abschaffen und dies durch eine Eigenzertifizierung der Hersteller ersetzen. Damit ist allerdings dem "Etikettenschwindel" Tür und Tor geöffnet. Als Beispiel mag die Kontrolle des CE - Zeichens dienen. So haben Untersuchungen der belgischen Zertifizierungs - und Überwachungsorganisation (AIB - VICOTTE International) ergeben, dass rund ein Drittel der über die CE - Kennzeichnung in Verkehr gebrachten Waren dieses Zeichen nicht führen dürfte, da die Konformitätserklärung falsch war. Es handelte sich dabei um einen offensichtlichen Missbrauch dieses europäischen Zeichens. Dies ist allerdings auch dann zu erwarten, wenn wie durch das Bundesministerium für Finanzen vorgesehen, es zu einer Eigenzertifizierung durch den Hersteller (z.B. Goldschmiede) kommt. Verschärft wird diese Problematik dadurch, dass nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes nur staatliche Punzen gegenseitig anerkennbar sind.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende Anfrage:

1. Sind Sie der Auffassung, dass die Abschaffung der staatlichen Punze letztendlich weniger Sicherheit für Wirtschaftstreibende sowie auch für Konsumentinnen bedeutet?
2. Wenn nein, weshalb nicht?
3. Wie rechtfertigen Sie sachlich die Abschaffung des staatlichen Punzierungssystems?
4. Wie viele Personen waren 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999 und bis Stichtag 30.6.2000 im Hauptpunzierungs - und Probieramt sowie in den Punzierungsämtern bei den Finanzlandesdirektionen beschäftigt (Ersuche um Aufschlüsselung auf die einzelnen Punzierungsämter)?

5. Wie viele Edelmetallgegenstände wurden 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999 und bis Stichtag 30.6.2000 in den Punzierungsämtern punziert (Ersuche um Aufschlüsselung auf die einzelnen Punzierungsämter)?
6. Wie viele Edelmetallgegenstände konnten 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999 und bis Stichtag 30.6.2000 in den Punzierungsämtern nicht punziert werden (Ersuche um Aufschlüsselung auf die einzelnen Punzierungsämter)?
7. Mit welchen Sanktionen war dies verbunden?
8. Wie hoch waren jeweils die Einnahmen durch die Punzierungsämter in den Jahren 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999 und bis Stichtag 30.6.2000 (Ersuche um Aufschlüsselung auf die einzelnen Punzierungsämter)?
9. Wie hoch waren gegenübersteht in den Jahren 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999 und bis Stichtag 30.6.2000 der Budgetaufwand (Personal - und Sachaufwand) gegenüber den Einnahmen?
10. Wie stehen zu der Auffassung des EuGH, dass nur "staatliche Punzen" gegenseitig anerkannt werden?
11. Welche Auswirkungen hat demzufolge die möglichen Abschaffung der amtlichen Punze in Österreich für KonsumentInnen, Hersteller und dem Handel?
12. Welche Haltung haben Sie gegenüber dem Vorschlag über eine Einführung einer "Europäischen Punze" auf EU - Ebene?